



Politiker stimmen mehrheitlich gegen Atomwaffen

Aachen tritt dem ICAN-Städteappell bei. CDU und FDP in der Stadt dagegen, in der Städtereion dafür.

Aachen Gegen die Stimmen von CDU, FDP und AfD hat sich der Aachener Stadtrat am Mittwoch mehrheitlich der internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) angeschlossen. Die Stadt tritt damit einem internationalen Städtebündnis bei, das sich gegen das Prinzip der atomaren Abschreckung wendet. Dem Beschluss ging eine intensive Debatte im Rat voraus.

Denn vor allem die Haltung der CDU stieß auf das geballte Unverständnis der Befürworter des sogenannten ICAN-Städteappells. Die 2007 in Melbourne gegründete Initiative für ein Verbot von Atomwaffen kann auf beeindruckende Erfolge in den letzten Jahren zurückblicken. 2017 wurde sie mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, im gleichen Jahr stimmten auch 122 Staaten der Vereinten Nationen für ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen. Zu den Unterstützern zählt auch UN-Generalsekretär und Karlspreisträger António Guterres. Atommächte wie USA, Russland, China, Frankreich, Indien, Pakistan oder Israel verweigern allerdings die Unterzeichnung. Auch die Bundesregierung hat sich bislang gegen das Abkommen ausgesprochen.

Mit dem Städteappell, dem sich in Deutschland bereits mehr als 60 Städte angeschlossen haben, wird ausdrücklich auch die Bundesregierung aufgefordert, dem von den Vereinten Nationen verabschiedeten Verbotsvertrag beizutreten. Es ist insbesondere dieser Halbsatz, der die Aachener CDU nun zu ihrem Nein veranlasst hat. Diese Position sei schwer zu vermitteln, ahnte CDU-Fraktionschef Harald Baal schon im Vorfeld, „aber man muss sie trotzdem vertreten können.“

Baal machte zugleich klar, dass er grundsätzlich kein Freund von Resolutionen sei, „die deutlich außerhalb des kommunalen Einflusses sind“. Dennoch habe man in der Fraktion mehrfach intensiv über „dieses wichtige Thema“ diskutiert und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass sich ICAN nicht mit dem deckt, „was wir vertreten“. Natürlich sei auch in der CDU niemand für den Einsatz von Atomwaffen, betonte Baal. Aber: „ICAN ist die Abkehr von der bisherigen außenpolitischen Linie der Bundesrepublik“, die darauf basiere „wehrhaft zu sein“. Das habe 75 Jahre lang in Deutschland den Frieden gesichert.

Der Verweis auf Gefahren

Derweil verweisen die Unterstützer des Appells gerade auf die besonderen Gefahren, die auch von den Atomwaffen-Stützpunkten im Umkreis von Aachen ausgehen. Im Ernstfall seien die Städte besonders bedroht, da sie zu den ersten Zielen eines Angriffs zählten. Der Einsatz von Atomwaffen dürfe keine legitime Verteidigungsstrategie sein, da die Bürger damit der vollständigen Vernichtungsgefahr ausgesetzt werden, meinen die ICAN-Aktivisten.

„Atomwaffen sind das Letzte, was wir brauchen“, sagte Hilde Scheidt für die Grünen, die sich genau wie Rosa Höller-Radtke (SPD) und Leo Deumens (Linke) irritiert über die CDU-Linie zeigte. Lob kam indes von AfD-Mann Markus Mohr, dass die CDU „seit langer Zeit mal nicht über jedes Stöckchen springt, das linke Parteien hinhalten“.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen, Linken, Piraten und UWG fand der ICAN-Appell im Rat eine klare Mehrheit, was auch viele anwesende Vertreter der Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) mit Beifall quittierten.

Am heutigen Donnerstag steht eine ähnliche Abstimmung auch im Städteregionstag auf der Tagesordnung. Die Diskussion dürfte dort allerdings einen deutlich entspannteren Verlauf nehmen, denn der Beitritt der Städteregion zum ICAN-Städteappell wird dort von den fünf Fraktionen CDU, SPD, Grünen, FDP und Linken gemeinsam unterstützt. (gei)

Info

Der ICAN-Städteappell im Wortlaut

„Die Stadt Aachen ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohnerinnen und Einwohner das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen.

Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zum Beitritt auf.“

12.12.2019 / Aachener Nachrichten - Stadt / Seite 15 / AACHEN [//epaper.zeitungsverlag-aachen.de/2.0/#/read/an-a1/20191212?page=14&article=73614127]